

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Um sich bei der gegenwärtigen Bierpreiserhöhung und dem zu erwartenden Konsumrückgang vor Schädigungen zu bewahren, ist zwingende Notwendigkeit für die Arbeiter der Branindustrie eine starke, einheitliche Organisation! Kollegen, schafft Euch diese, agitiert tatkräftig für den Bräuereiarbeiterverband!

Zur Bierpreisbewegung.

Wie in einem Segenstempel brodelt und gärt es jetzt in Deutschland anlässlich der Bierpreisbewegung, eine Folge der unversöhnlichen Raubpolitik des christlichen Schnapsbundes; überall sind Kämpfe entbrannt oder werden noch entbrennen. Es ist nicht das erstemal, daß uns die christlichpatriotischen Steuerdrückberger und Volkssausplünderer in eine solche oder ähnliche Situation gebracht haben. Im Jahre 1902 besetzten sie uns den Zollarif, der für die Agrarier innerhalb und außerhalb des Zentrums feste Pflichten schuf, dagegen das arbeitende Volk in der unerhörtesten Weise belastete und im weiteren die Position der Bräuereiarbeiter, ihre Wirtschafts- und Existenzbedingungen erheblich verschlechterte, weil durch die auf Grund des Zollarifs geschaffenen Handelsverträge die Bräuereierzeugnisse erheblich verteuert wurden. Die Folgen des Zollarifs traten in Wirkung im Jahre 1906, und im gleichen Jahre erfolgte der zweite Überfall in Gestalt einer Bräuereierhöhung im Höchstmaß von 6 M. pro Doppelzentner Maß. Nicht wenig von diesen erheblichen Belastungen tragen die Bräuereiarbeiter, deren Zahl auf das alleräußerste eingeschränkt und gleichzeitig den übrigen die ganze Arbeitslast aufgedrückt wurde, so viel, daß sie dieselbe nicht leisten konnten und es vielfach nicht mehr ein Arbeiten, sondern ein Würgen war, wobei auch nur das Allernotwendigste verrichtet werden konnte. Jetzt hat uns der christliche Schnapsbund die neue, noch weit höhere Bräuereierhöhung gebracht, und jetzt haben wir die Kämpfe wegen der Bierpreiserhöhung, besonders dort, wo die Bräuereien verstreut, auch die früheren Belastungen, soweit es im Jahre 1906/07 nicht möglich war, ganz oder zum Teil auf den Bierpreis zu schlagen.

Es war vorauszu sehen, daß die Kämpfe um den Bierpreis dieses Mal weit umfangreicher und härter werden würden, schon allein in Rücksicht auf die unerhörte Steuermacherei des Schnapsbundes, der die ganze Finanzreform auf die Ausbeutung der Massen bei voller Schonung der Besitzenden aufbaute. Bei diesen Kämpfen stehen die Bräuereiarbeiter als Brechholz zwischen zwei Puffern. Und an die Nachwehen der Kämpfe werden sie lange und schwer zu tragen haben, wenn nicht ein zufriedenstellender Ausgleich geschaffen wird. Ein Konsumrückgang stellt eine dementsprechend große Zahl Existenzen von Bräuereiarbeitern kalt, desgleichen aber auch eine unzulängliche Erhöhung des Bierpreises seitens der Bräuereien. An der Existenz eines Betriebes hängt die Existenz der darin beschäftigten Arbeiter, sofern sie bei Stilllegung des Betriebes nicht in andere Berufe unterkommen können. Und diese sind überfüllt, die Meisterbeamtete ist riesengroß. Ist die Bierpreiserhöhung seitens der Bräuereien unzulänglich in Anbetracht ihrer finanziellen und Geschäftslage, so ist die Existenz derselben in Frage gestellt und damit auch die Existenz der beschäftigten Arbeiter.

Man kann hierbei auch nicht den Maßstab an die am günstigsten gestellten Bräuereien legen, denn damit ist der übergroßen Zahl der Bräuereien überhaupt nicht gedient. Es ist auch verfehlt, zu sagen, was gehen uns die Betriebe an, die bei einer Bierpreiserhöhung in dieser oder jener Höhe nicht existieren können. Die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht sich in der Richtung der Aufsaugung der Kleinen durch die Großen, ohne Zweifel, der Konzentrationsprozess läßt sich nicht aufhalten, aber hier ist es doch etwas anderes, wenn durch Steuerdruck und Gegendruck eine große Zahl unter normalen Verhältnissen existenzfähiger Betriebe in kürzester Zeit zerrieben werden, deren Arbeiter aufs Pflaster fliegen. Je größer der Betrieb in der Branindustrie im Verhältnis, desto geringer ist die Zahl der Arbeitskräfte, und nur eine geringe Zahl der Arbeiter im Verhältnis zu der, die die Bräuereien abstoßen würden, weil sie nicht existieren können, würde in den finanzkräftigeren Betrieben Unterkunft finden, auf welche der Konsum der vernichteten Betriebe übergeht. Und auch hier würde man ganz besonders an Arbeitskräften sparen, um auf die Rechnung zu kommen. Einen solchen Zustand herbeizuführen, kann aber weder im Interesse der Bräuereiarbeiter noch im Interesse der Allgemeinheit liegen, denn die arbeitslos werdenden Kräfte belasten noch wieder auch den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Die falsche Calkülersche Berechnung über die Belastung des Bieres durch die letzte Bräuereierhöhung, die zu dem Ergebnis von 1,87 pro Hektoliter kommt, ist ja schon zum Teil vom „Vorwärts“ korrigiert worden, aber nicht ganz, soweit das untergärtige Bier in Betracht kommt. Einmal ist zu berücksichtigen die erhebliche Differenz zwischen der Menge des produzierten und verkauften Bieres und weiter die Tatsache, daß zu dem obergärtigen Bier, wovon im Jahre 1907 im norddeutschen Bräuereiergebiet gegen 6 Millionen Hektoliter produziert wurden, im Durchschnitt erheblich weniger Maß pro Hektoliter Bier verbraucht wurde als zu dem untergärtigen Bier, wovon 40468000 Hektoliter produziert wurden. Demnach steigt also die Belastung des untergärtigen Bieres pro Hektoliter wesentlich über den Durchschnitt. Und wenn wir weiter vom Standpunkt der Existenzfrage der Bräuereiarbeiter und der Wirtschaftslage der Bräuereien im allgemeinen, die wir doch etwas zu fernem für uns in Anspruch nehmen, ein Urteil darüber abgeben sollen, ob es billig ist, bei der Bierpreiserhöhung seitens der Bräuereien auch einen Teil der sonstigen Belastung zu berücksichtigen, so müssen wir diese Frage bejahen, und zwar aus den oben dargelegten Gründen.

Nun verbleibt nur die Erregung im Lande vollkommen und wir wünschen wirklich auch, von den Steuern des Schnapsbundes käme kein einziger Pfennig in die Reichskasse. Aber dazu ist die

indirekte Steuer zu raffiniert ausgeklügelt, um diesen Zweck ohne erhebliche Schädigungen großer Kreise zu erreichen. Will man es durchsetzen, daß die Reichskasse von den beschlossenen Steuern nichts erhält, indem man den Bierkonsum insoweit einschränkt bzw. ganz aufgibt, so bedeutet das die Brotlosmachung von Zehntausenden Bräuereiarbeitern, und zwar dauernd. Und dauernd diese zu unterstützen, wäre einfach unmöglich, selbst beim besten Willen. Es kommen aber noch weitere Arbeiterkreise in Betracht, besonders die Glasarbeiter und Metallarbeiter. Die Glasarbeiter empfinden jetzt schon die Zurückhaltung von Aufträgen seitens der Bräuereien, und in der Metallindustrie gibt es viele Betriebe, die ausschließlich oder vornehmlich Bräuereierzeugnisse und -Eisenwaren herstellen. So hat z. B. jetzt schon die Fabrik von Bräuereierzeugnissen Engelhardt in Nürnberg, die in guten Zeiten mehrere hundert Leute beschäftigte, ihren Betrieb vollständig eingestellt. Es hängen also an der Bräuereierzeugung erhebliche Arbeitermassen, die von einem Boykott der Reichskasse sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, und das muß ja schließlich bei der Aktion auch berücksichtigt werden. Unter diesen Umständen ist es sehr wünschenswert, wenn möglich bald in den einzelnen Orten eine Verständigung erfolgt.

Zur Brausteuererhöhung in Bayern.

Was wir seinerzeit bei der Stellungnahme gegen die Brausteuererhöhung in der norddeutschen Brausteuerergemeinschaft gesagt haben, wird nun auch in Bayern zur Tatsache: eine erhebliche Erhöhung der jetzigen Brausteuer, um die höheren Ausgleichsbeiträge an das Reich zu decken und um auch noch etwas für die „nohleidende“ Landeskasse übrig zu behalten.

Diese Gefahr der Brausteuererhöhung hat nun auch die Unterechmer auf den Plan gerufen. Am 30. August fand in Bamberg ein „Allgemeiner oberfränkischer Brauertag“ statt, zu welchem 350 Brauereibesitzer aus Bamberg und Umgebung erschienen waren, um zu der beabsichtigten enormen Belastung, wie sie seitens der bayerischen Regierung für das Braugewerbe geplant ist, Stellung zu nehmen und eine einheitliche Organisation für die Brau- und Malzindustrie für ganz Bayern zu schaffen: einen großen einheitlichen bayerischen Brauerbund.

Zur Versammlung waren sämtliche oberfränkische Landtagsabgeordnete eingeladen, sowie der Sekretär der Gewerkschaften Bambergs, als Vertreter unserer Organisation Bezirksleiter Kollege Götz. Als Abgeordnete waren anwesend die Herren Pfarrer Grandinger, Dr. Goldschmidt, Graf Pestalozza und Kommerzienrat Mäusdorfer. Das Referat über die geplante Neubelastung der Brauereien hatte Brauereibesitzer E. D. Meßger-Neuburg a. D. übernommen.

Meßger führte aus: Durch die 100 Millionen Mark Brausteuer, welche der Reichstag dem Gewerbe aufgebürdet, sei die Existenz vieler Brauereien und Gastwirte bedroht. Bayern treffe auch die Steuer um so schwerer, weil bei uns das Bier als Nahrungsmittel zu gelten habe und genau so benötigt werde, wie das tägliche Brot. Es sei bedauerlich, daß die Steuer den Rinderbimetallisten am schwersten treffe. Soweit er von zuverlässiger Seite informiert sei, beabsichtige aber auch noch die bayerische Regierung nicht bloß die 13 Millionen Mark, welche Bayern an das Reich als Ausgleichsbeitrag mehr zu zahlen hat infolge der Brausteuererhöhung, mehr zu erheben, sondern es sollen aus dem Malzaufschlag 25 Millionen mehr wie bisher herausgeholt werden. In Zukunft sollen vom Zentner Maß 8 bis 11 Mark Steuer bezahlt werden, während jetzt die Belastung 5 bis 6,50 M. betrage. Sicher sei auf alle Fälle, daß die Bräuereien ganz enorm belastet würden. Man würde sich auf einen bedeutenden Konsumrückgang gefaßt machen, denn bereits werfen die Bierkriege in den verschiedenen Provinzen ihre Schatten voraus. Es sei also Mannespflicht aller Brauer und aller rechtlich denkenden Menschen, sich zur Wehr zu setzen, wenn die Regierung den Bogen zu straff spanne. Die Belastung der Bräuereien in den letzten Jahren durch Verteuerung der Rohmaterialien, Löhne, Steuern, Umlagen usw. betrage bis zu 3 M. pro Hektoliter; noblerweise hätten die Bräuereien diese Lasten allein getragen und nicht auf die Konsumenten abgeladen. Es wäre Pflicht der Regierung, auf die Bräuereien, als die besten Steuerzahler, mehr Rücksicht zu nehmen, denn von allen Steuern tragen diese jetzt schon den Löwenanteil. Die Staatsklugheit gebiete, daß die Industrie, die bis jetzt als melkende Kuh betrachtet wurde, auch leistungsfähig erhalten werde. Auf alle Fälle müßten die Abgeordneten verhindern, daß den Bräuereien eine größere Last aufgebürdet würde, als die Regierung an das Reich zu zahlen habe. Es gäbe im bayerischen Staatshaushalt noch andere Quellen, um die Finanzen zu sanieren. Es sei ungerade, daß für den Most beispielsweise als Hausstrunk kein Pfennig Steuer entrichtet würde, während der Hausstrunk in den Bräuereien versteuert werden muß. Ebenso käme beim Mineralwasser die Flasche kaum auf 3 Pf. und werde für 15 Pf. verkauft; auch hier wäre eine Steuerquelle zu finden. Um alle Angriffe abzuwehren zu können, gebe es nur ein Mittel: es müssen sich alle Bräuereien, gleichviel ob Groß-, Mittel- oder Kleinbräuereien, zusammenschließen und eine einzige starke Organisation bilden. Die Anwesenden sollten es nur einsehen, daß die ganze Misere im Berufe in der Unverkäglichkeit und Dummheit ihre Ursache hätte. (Ganz wie bei uns in vielen Orten. D. V.) Mit einem Hinweis auf die Resolution, wie sie auf dem schwäbischen Brauertag von 450 Besitzern im

„Café Maximilian“ zu Augsburg einstimmig angenommen wurde, dieses Beispiel nachzuahmen, schloß Meßner, nachdem er die Resolution verlesen und erläutert hatte, mit dem Ersuchen, diese Resolution ebenso einmütig, wie in Augsburg, anzunehmen. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall.

Pfarrer Grandinger ergriff hierauf namens der anwesenden Landtagsabgeordneten das Wort und drückte den Verwunderung über den Glückwunsch aus, daß es endlich gelungen sei, die Bräuereien zusammenzubringen. Bisher habe das Zentrum und Klagen der Brauer und Wirte sowohl im Dorf und Stadt als auch in der Presse bei seinen Kollegen und im Publikum nur ein mitleidiges Lächeln hervorgerufen. Daran seien aber die Brauer selbst schuld. Alle anderen Berufsstände hätten, wenn notwendig, kräftig die Trommel geschlagen, die Brauer nicht. Als in München Beratungen in der Steuerreform gepflogen wurden, hätte man von einem Brauerbund in Bayern nichts gehört. Nun gelte es zu handeln, erst dann habe die Organisation Wert. Es müsse Material zusammengestellt werden, damit die Abgeordneten etwas in Händen hätten, um den Klagen und Wünschen nachgehen zu können.

Brauereibesitzer Raub-Regensburg verbreitete sich über verschiedene Fragen und teilte mit, daß der bayerische Brauerbund bereits über 1000 Mitglieder zähle, welche mehr als die Hälfte des überhaupt verfertigten Maßquantums versieben. Der Brauerbund sei in 8 Kreisen organisiert, außer der Organisation in den Städten München, Augsburg, Nürnberg. Ueber die künftigen Bierpreise ließ Meßner durchblicken, daß auf dem Lande unter 24 Pf. kein Liter Bier verkauft werden dürfe; in Regensburg soll dunkles Bier 28 Pf., helles Bier 30 Pf. kosten.

Dezernent Kiegele-Ittenreuth mahnte mit kernigen Worten zur Einigkeit und zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens. Die Bierpreiserhöhung wäre schon längst notwendig gewesen; man müsse jetzt mit den Wirten Hand in Hand gehen, denn letztere seien auch nicht auf Rosen gebettet.

Brauereibesitzer Werner ermahnte die Arbeitervertreter, sie möchten sich nicht in direkten Gegensatz zu den Bräuereien stellen, denn es sei unbillig, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verlangen und auf der anderen Seite gegen die Firmen vorzugehen. Auch die Arbeiter hätten ein Interesse, daß die Industrie nicht ruiniert würde.

Zu der einstimmig angenommenen Resolution erklärten die anwesenden Brauereibesitzer,

„daß eine große Organisation der bayerischen Brauer, welche Klein-, Mittel- und Großbrauer umfaßt, der allein richtige und notwendige Fund ist, um die Interessen der gesamten bayerischen Branindustrie in gerechter Weise vorzuteilhaft zu vertreten und zu wahren. Sie verwerfen jede Sonderbestrebung der einzelnen Parteien behufs Erlangung von Sonderprivilegien als dem Gesamtgewerbe schädlich. Alle Anwesenden treten dem bayerischen Brauerbund bei.“

Der Brauerbund würde nach der Resolution als der gegebene Führer anerkannt und ihm aufgegeben, beim Finanzministerium dahin vorzujagen zu werden, daß bei den Beratungen anlässlich der Revision des bayerischen Malzaufschlagsgesetzes eine Kommission aus Mitgliedern des Delegiertenausschusses des Brauerbundes zugezogen wird. Diese Kommission habe u. a. dahin zu wirken: daß der bayerische Malzaufschlag höchstens um jene Summe erhöht wird, die erforderlich ist, um die Bayern treffenden Ausgleichsbeiträge an das Deutsche Reich aufzubringen; ... „das Sektolitermaß bei der Malzsteuerung beibehalten wird“; ... „sämtliche Staatsbrauereien, insbesondere das Königl. Hofbräuhaus, die örtlich beschlossene Bierpreiserhöhung mitmachen“; ... „neu errichtete und neu in Betrieb genommene Brauereien während der nächsten zehn Jahre eine belangreiche Erhöhung des normalen Malzaufschlages erhalten und dies analog bei Gründung von neuen Konsum- und Wirtebrauereien zu gelten hat, auch wenn zum Betriebe eine seither in Benutzung stehende Brauerei erworben wurde“; ... „der Flaschenbierhandel der Konzeptionspflicht unterstellt wird“; ... „für die durch die Einführung der erhöhten Malzsteuer in ihrem Erwerbe ruinierter Brauer, Gastwirte und Brauereiangestellten entsprechende Renten vom Staat bewilligt werden“. Schließlich spricht die Resolution noch aus: „In den Bierlieferungsverträgen ist künftig auch der Abgabepreis an die Konsumenten festzulegen.“

Wir haben nur die uns mehr interessierenden Punkte der Resolution wiedergegeben. Wir finden da das Kontingent in weitgehendstem Sinne verächtlich durch die Konzeptionspflicht und die Preisdiffikultät für die Konsumenten. Ein ziemlich gefährliches Beginnen, wobei die Bräuereiarbeiter der besonders leidende Teil sein würden. Aber auch die Brauereien sollten sich das wohl überlegen. Der Antrag auf Entschädigung der durch die Erhöhung des Malzaufschlages existenzlos werdenden Bräuereiarbeiter wird auch von uns beantragt werden, es wird sich dabei aber wieder zeigen, ob die Rücksicht auf „politische Interessen“ nicht die Herren vom Zentrum und auch von den Liberalen veranlassen wird, gegen den Entschädigungsantrag zu stimmen. Hat doch auch der Reichstagsabgeordnete vom Zentrum, Brauereibesitzer Steinböck, bei der seinerzeit stattgefundenen Protestversammlung der bayerischen Unternehmer gegen die Erhöhung der Brausteuer in Norddeutschland recht kräftig gegen dieselbe getwittert, um nachher im Reichstag mit dem ganzen Brauerbund dafür zu stimmen. Der Referent des oberfränkischen Brauertages, Herr Meßger, Neuburg,

erklärt dazu, es sei dies geschehen, „teilweise der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“. Die Herren mögen sich vorstellen, daß „ihre“ Abgeordneten nicht auch hier wieder die Ausrede gebrauchen und „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ den Maschaußlag „noch zu allen möglichen Finanzsparungen“ heranziehen. Die Spuren sollten sprechen, und den Herren Abgeordneten aus dem bürgerlichen Lager muß schon ganz anders ins Gewissen geredet werden, als es hier geschehen ist — so lahm wie bei der Brauereierhöhung im Reichstag. Die Brauereiarbeiter wissen, daß auf die bürgerlichen Abgeordneten kein Verlaß ist; sie haben Verantwortung, gegen die ganze Steuerwirtschaft, einschließlich der Einkommensteuererhöhung, zu protestieren und Maßnahmen zu treffen, damit sie von den kommenden Dingen nicht unvorbereitet überrascht werden.

Was die Brauereiarbeiter aber noch ganz besonders interessiert, ist der Zusammenschluß der Unternehmer in den bayerischen Brauerbund. Die Unternehmer haben die einheitliche Organisation als Notwendigkeit anerkannt und erklären jede Sonderbestrebung der einzelnen Sparten als dem Gesamtgewerbe schädlich. Die Unternehmerorganisation ist aber in jedem Falle auch gegen die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtet. Um sich den nötigen Einfluß zu verschaffen, haben die Brauereiarbeiter jetzt um so mehr Ursache, sich der Organisation anzuschließen, sich auch eine einheitliche Organisation zu schaffen und, wie die Unternehmer, alle „Sonderbestrebungen als dem gesamten Brauereiarbeitern schädlich zu verwerfen und auszumerzen“.

Zur Lohnbewegung in Mannheim-Ludwigshafen.

In Nr. 20 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ waren wir unter Darstellung des Sachverhalts genötigt, die jeder Grundlage entbehrenden Angriffe des Geschäftsführers Geil des Transportarbeiterverbandes und den Vorwurf des Terrorismus des Brauereiarbeiterverbandes bei der Lohnbewegung in Mannheim-Ludwigshafen zurückzuweisen, desgleichen Geschäftsführers Geil, der die Lohnbewegung dadurch „fördern“ wollte, daß er erklärte: „Man mache ich einen rechten Durch einander unter den Bierkaffern!“ Diese Zurückweisung unberechtigter Angriffe und Darstellung der Tatsachen, wie sie in Wirklichkeit sind, löste einen Angriff des Geschäftsführers Schlienz vom Maschinen- und Geizerverband von derselben Seite in Nr. 12 des „Deutschen Maschinen- und Geizer“ aus, der angeblich beklagt, daß die Tatsachen aus dem Wege zu gehen; desgleichen eine Erwiderung des Geschäftsführers Geil vom Transportarbeiterverband in Nr. 31 des „Courier“, der sich „aus Keintätigkeitsgründen“ nicht mit den Tatsachen befassen will. Die Brauereiarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen kennen den Gehörgang der Sache, sie wissen, was sie von den Angriffen im „Courier“ und im „Deutschen Maschinen- und Geizer“ zu halten haben, ihre Wege können wir uns eine Erwiderung ersparen, aber den Kollegen im Reich, denen es anders berichtet wurde, sind wir verpflichtet, einen Einblick in die wirklichen Vorgänge in Mannheim-Ludwigshafen zu geben. Bevor wir uns mit dem Artikel in Nr. 31 des „Courier“ befassen, lassen wir hier einen Brief des Genossen

Zentralverband der Maschinen-, Geizer und Berufsgenossen Deutschlands.

Ber. Zahlstellen Mannheim-Ludwigshafen.

Mannheim, den 6. April 1909.

Werter Genosse!

Teile Dir hierdurch im Auftrage unserer am Sonntag, den 28. März, stattgefundenen Brauereiarbeiter-, Maschinen- und Geizer-Versammlung mit, daß diese beschlossen hat, auf dem von uns aufgestellten Lohnantrag zu bestehen und diesen unverbändert an die Brauereien einzureichen. Demgemäß erwidert sich eine weitere Teilnahme unsererseits an den Beratungen der Tarifkommission.

Mit Gruß

J. A.: Fr. Schlienz, Geschäftsführer.

Welche Ursache hatte der Maschinen- und Geizerverband zu diesem Verhalten? Am 30. Dezember 1908, in der Versammlung, wo der Tarif genehmigt wurde, haben wir allen Grenzorganisationen: Völkern, Transportarbeitern und den Maschinen- und Geizern einen Vertreter in der Tarifkommission überlassen und diesen Organisationen außerdem versichert, daß selbstredend auch die Funktionäre dieser Organisationen an den Tarifberatungen teilnehmen können.

Die erste Tarifkommissionsitzung fand am 15. März statt. Alle Kommissionsmitglieder waren vertreten, auch Genosse Schlienz vom Maschinen- und Geizerverband, nur ein Vertreter der Transportarbeiter fehlte. Nun führt Geschäftsführer Geil in Nr. 31 des „Courier“ dies darauf zurück, daß der gewählte Kollege die Wahl nicht annahm, und will Geil damit das Fehlen der Transportarbeiter rechtfertigen. Aber das zieht nicht, denn später kam in dieser Sitzung noch ein Vertreter der Transportarbeiter, der für uns Beweis genug war, daß die Transportarbeiter Kenntnis von der Sitzung hatten. Außerdem ist Geil in der Versammlung am 30. Dezember das selbstverständliche Recht eingeräumt worden: Wenn der gewählte Vertreter der Transportarbeiter die Wahl nicht annahm oder wenn die Transportarbeiter einen anderen Bierfahrer mit dem Mandat betrauen wollten, so bleibe sich das für uns gleich, jedoch solle in diesem Falle uns Mitteilung gemacht werden, damit die Einladung rechtzeitig erfolgen könne. Nachricht hat der Vorsitzende der Tarifkommission keine bekommen und mußte er deshalb annehmen, daß auch der gewählte Bierfahrer von den Transportarbeitern die Wahl annahm und hat er deshalb auch diesen eingeladen, wie den zweiten Bezirksleiter in Ludwigshafen. Das genügt aber dem Geschäftsführer Geil nicht, sondern er spielte die getränkte Leberwurst, blieb der Sitzung fern und fand es auch nicht nötig, in der Zeit vom 15. März bis 7. April, wo die zweite Tarifkommissionsitzung stattfand, uns Nachricht zu geben, daß er persönlich eingeladen sein wolle. Ebenjowenig fand man es für nötig, uns mitzuteilen, daß der gewählte Vertreter der Transportarbeiter die Wahl nicht annahm.

In der ersten Tarifkommissionsitzung hat man nun die Meinungen ausgetauscht und auch der Geschäftsführer Schlienz hat sein Bedenken gegeben. Schlienz wird nicht bestreiten können, daß einige seiner Anregungen berücksichtigt wurden, und wo er mit seinen Ansichten nicht durchdrang, handelte es sich um Anträge, von denen sich die Tarifkommission deshalb nicht abbringen ließ, weil sie mindestens ebenso klug zu sein glaubte wie Schlienz. Um was es sich dabei handelte, zeigen die von den Grenzorganisationen eingereichten Tarife. Auch das Annehmen, das Schlienz an die Sitzung brachte, die Sitzung solle verlagert werden, damit auch die Transportarbeiter bei dieser ersten Sitzung zu gegen sein könnten, wurde abgelehnt, da niemand einsehen konnte, aus welchem Grunde die Transportarbeiter fehlten oder warum der Geschäftsführer Geil sein Versprechen, die Wünsche der Transportarbeiter der Tarifkommission schriftlich zu unterbreiten, nicht eingelöst hatte.

Das Resultat der ersten Tarifkommissionsitzung war, daß das Ergebnis der Beratungen in einem neu zusammengestellten Tarife berücksichtigt werden mußte, darunter auch die Wünsche der Maschinen- und Geizer, soweit diese abgelehnt wurden. Bei Beginn der zweiten Tarifkommissionsitzung am 7. April wurden wir durch

obigen Brief von dem Geschäftsführer des Maschinen- und Geizerverbandes beklagt, und daß von den Transportarbeitern diesmal gar kein Vertreter, trotz Einladung, erschienen war, mußten wir annehmen, weil auch jede Nachricht fehlte, daß auch die Transportarbeiter denselben Weg einschlagen werden wie ihre Verbündeten. Wir haben nun den Tarif mit dem Vertreter vom Völkerverband nochmals durchberaten, mußten allerdings in Anbetracht der Situation eine weitere Lohnklasse für die Bierfahrer und Geizer aufstellen, da der Geschäftsführer Schlienz bereits bei der ersten Sitzung durchblicken ließ, daß die Geizer pro Woche um 2 Mk. niedriger zu taxieren seien, und da aus dem brüderlichen Zusammenhalt von Geil und Schlienz wohl zu schließen war, daß Geil in dieserlei Praktik verfallen werde, mußte die Idee des Einzelstuhnes preisgegeben werden. Daß wir uns nicht gelächelt hatten, beweist unten die Gegenüberstellung der eingereichten Tarife. Außerdem ging aus diesem Verhalten der beiden Grenzorganisationen zur Genüge hervor, daß sie zusammen ein Komplott bilden, um dem Brauereiarbeiterverband einzuszuweichen.

So kam die Versammlung am 15. April heran, und zu unserem Erstaunen kamen Geil und Schlienz, und eingeladen zu dieser Versammlung und wollten den bösen Brauereiarbeiterverband anklagen, sich als unschuldige Lämmer hinstellend, die jetzt noch zum gemeinsamen Vorgehen bereit seien, der Tarif müßte aber nach ihren Wünschen entsprechend geändert werden. Sie hatten inzwischen eingesehen, was für eine kapitale Dummheit sie begangen hatten und glaubten nun mit Blasen der Freibensschalmeien und etwas Terrorismus, wozu man die öffentliche Versammlung benutzen wollte, ihre Blamage wieder gutzumachen. Allein unsere Medner wie die Versammlung gaben auf dieses Ansuchen die richtige Antwort. Der von der Tarifkommission vorgelegte Tarif wurde fast einstimmig angenommen und die Lohnkommission gewählt. Wenn Geil und Schlienz heute das in ihren Fachorganen anders darzustellen belieben, so ist es ihre Sache, aber jeder Vorurteillose bekam den Eindruck, daß der Verkauf der Versammlung für die beabsichtigte Politik dieser beiden Gewerkschaftsführer ein ganzliches Fiasco bedeutete, dagegen allerdings auch kein hoffnungsvolles Licht auf den bevorstehenden Tarifabschluß warf.

So ging das „Stuhl für Geil“ vor sich; weil wir nicht in das Foch gingen, das uns von den Führern der Transportarbeiter und Maschinen- und Geizer hingehalten wurde, will man uns des Terrorismus bezichtigen. Wir möchten nur sehen, wie es diese Genossen im umgekehrten Fall gemacht hätten. Nun, es kommt aber noch besser!

Geil und Schlienz hatten zu dieser Versammlung Abschriften des aufgestellten und zur Einreichung angenommenen Tarifs, erhalten. Sie wußten also, was der Brauereiarbeiterverband mit dem Völkerverband von den Brauereien fordert. Sie hatten also leichtes Spiel und hätten das so beliebte Stiefchen, mehr zu fordern wie wir, wohl reiten können. Aber was haben die Geschäftsführer des Transportarbeiter- und des Maschinen- und Geizerverbandes getan? Sie wollten sich in empfehlende Erinnerung bringen und haben niedrigere Sätze in den Hauptpunkten des Tarifs eingereicht.

Schon der Umstand, daß die beiden Grenzorganisationen Lohn und Bierentzählung zusammenfügten, imponierte die Brauereien, und es bedurfte zweier Verhandlungen, bis sie von dem gedachten System abließen. Bei der Arbeitszeit der Bierfahrer verlangten wir, daß sie eine halbe Stunde früher als im inneren Betrieb beginnen, also im Sommer um 1/2 6 Uhr, im Winter um 6 Uhr morgens. Nun können die Transportarbeiter und verlangen, daß im Sommer die Arbeitszeit um 5 Uhr früh beginne, das ist jährlich eine Verlängerung der Präsenzzeit, nur die sechs Sommermonate die Wochenlage gerechnet, von 78 Stunden oder 156 Stunden auf die verlangte Tarifdauer. Auch im Lohn haben uns die Transportarbeiter unterboten. Wir verlangten Anfangslohn mit Biergeld 32,10 Mk., steigend bis 34,10 Mk. Die Transportarbeiter forderten Anfangslohn einschließlich Bierentzählung 30 Mk., steigend bis 34 Mk. Ist es schon an sich ein Aniskum, innerhalb eines Jahres eine Lohnsteigerung von 3 Mk. zu verlangen und einen Tarif einzureichen von 5 Lohnstufen, so beträgt die Forderung der Transportarbeiter auf die Tarifdauer berechnet für einen Anfänger 49,40 Mk. weniger, macht pro Woche 46 1/2 Pf. Für rund 130 Bierfahrer macht dies die Summe von 6422 Mk. aus, was der Transportarbeiterverband weniger forderte.

Während nun bei den Maschinen- und Geizern sich die geforderte Arbeitszeit mit der unseren deckt, was bei Schichtarbeiten nicht gut anders denkbar ist, haben auch diese an Lohn weniger gefordert als der Brauereiarbeiterverband, und zwar macht dies für die verlangte Tarifdauer bei einem Maschinen 36,46 Mk., bei einem Geizer 140,40 Mk., also für die circa 40 beschäftigten Maschinen- und Geizer rund 3500 Mk. Noch besser meinte es der Maschinen- und Geizerverband mit den Hilfsarbeitern und Eisziehern. Selbst wenn wir diese beiden Kategorien bei unserem eingereichten Lohnantrag zu den Flaschenkellerarbeitern über 18 Jahre zählen wollten, so hat der Verband der Maschinen- und Geizer immer noch pro Arbeiter auf die beantragte Tarifdauer 244,40 Mk. weniger gefordert. Auch haben die beiden Grenzorganisationen bei den Leberstunden für Wochentage 5 Pf. pro Stunde weniger verlangt als der Brauereiarbeiterverband.

Das ist aber immerhin nicht so deprimierend, als wenn wir den Verbänden der Transportarbeiter und der Maschinen- und Geizer vorhalten müßten, daß sie in Mannheim etwas fertig gebracht haben, zu dem sich nicht einmal die Christlichen, die fast ebenjowenig Mitglieder haben sollen, wie je eine der beiden Grenzorganisationen, einschließen konnten: Also zuerst bleibt man den Tarifkommissionsitzungen fern, dann versucht man in der öffentlichen Versammlung einen Gewaltstreik, hierauf reicht man einen eigenen Tarif ein, und nachdem man so die Tarifkommission und die spätere Lohnkommission von allen Seiten versucht hat, in Mißkredit zu bringen bei den Mitgliedern, ruht man der Lohnkommission zu, daß sie mit solchen Quertreibern gemeinsam unterhandeln soll. Dazu lag seine Veranlassung vor, weil die Lohnkommission und auch die Mitglieder des Brauereiarbeiter- und Völkerverbandes davon überzeugt waren, daß auch ohne die beiden Grenzorganisationen die Bewegung mindestens dieselben Vorteile zeitigen werde.

Der abgeschlossene Tarif rechtfertigt dieses Selbstvertrauen auf unsere Organisation vollkommen. Es mag ja für Genossen Geil unangenehm gewesen sein, wenn die Brauer gleich bei der ersten Unterhandlung zugunsten der Bierfahrer, Geizer und Hilfsarbeiter die Lohnforderung reduzierten, und die Geizer können sich heute doch auch nicht bei ihrem Geschäftsführer Schlienz bedanken, wenn sie auf die Tarifdauer 65 Mark mehr bekommen als der Verband der Maschinen- und Geizer überhaupt verlangt hat. Die Wahrheit ist eben eine bittere Pille und deshalb läßt Geschäftsführer Geil in Nr. 31 des „Courier“ unseren Kollegen Klopfer träumen, derweil er selber gar nicht aus dem Traum herauskommt. Den Bezirksleiter Garzenetter bezichtigt man der Lüge, trotzdem nach den Ausführungen Geils kein Versammlungsteilnehmer annehmen konnte, daß die Transportarbeiter für den Tarif stimmen werden; wenn sie's dennoch getan haben, so geht daraus erst mit Recht hervor, wie die Ausführungen des Genossen Geil einzufügen waren, und braucht sich derselbe gar nicht über das Pünktchen zu beschweren. Nun schreibt Genosse Geil hierzu: „Wir hatten am Tage vorher bereits eine Versammlung, in der unsere Kollegen schon bereits für den Tarif gestimmt hatten und dann in die Versammlung der Brauer überhaupt nicht mehr kamen.“ Ja, was wollte dann Genosse Geil noch in der Versammlung am 2. Juli? Das angebotene „Durcheinander“ machen, die Erfolge der Verhandlungen verkleinern, um dem Brauereiarbeiterverband einzuszuweichen, währenddem seine eigenen Mitglieder schon für den Tarif gestimmt haben? Haben solche Leute noch ein Recht,

die Ehrlichkeit anderer Organisationen anzuzweifeln? Nur wer selbst hinter dem Löss steht, vermutet auch die andern dahinter. Nach einem solchen Verhalten hat man auch den Mut, von Mitgliederabtreibung zu reden, als wenn da nicht jeder einsichtige Bierfahrer selber zum Brauereiarbeiterverband übertritten würde. Das war auch die Ursache, warum Geil einen Tag vorher mit seinen Leuten zusammenkam, er hatte schon eine Vorahnung, daß er sich am 2. Juli keine Vorbeeren holen werde. Wenn nun Geil in Nr. 31 des „Courier“ von einem „Schauspiel“ schreibt, daß den einen Tag die Brauereiarbeiter, den anderen Tag die Transportarbeiter und Maschinen- und Geizer mit Dr. Rosenfeld unterhandelt haben, so ist es wohl nur ein kleines Versehen seinerseits, er wollte wohl schreiben: „nachdem die Lohnkommission unterhandelt hatte, haben wir uns am anderen Tage immer von Dr. Rosenfeld Bericht erstatten lassen“, und wenn sich die beiden Verbände als Weiskontingenten betrachteten, so ist das ihre Sache; der Bundes-Siegert macht's auch so.

Jetzt steht, daß unter diesen Umständen die Erfolge nur dem Zielklaren, einmütigen Zusammenarbeiten der Lohnkommission zu danken sind, aber nicht den Quertreibern der Grenzorganisationen, die es selbst nicht beschämten, während der Unterhandlungen Gerüchte entstehen zu lassen, welche geeignet waren, die Brauereiarbeiter gegen die Lohnkommission aufzubringen. Auch nach dem Tarifabschluß wird es wieder der Brauereiarbeiterverband bezw. deren Vertreter sein, welche bei Differenzen auch bei den Bierfahrern und Maschinen- und Geizern nachdrücklich und erfolgreich für deren Interessen eintreten werden.

Jedenfalls hat auch die Mannheim-Ludwigshafener Lohnbewegung bewiesen, daß wir mit großem Nachdruck die Einheitsorganisation fördern müssen. So erfreulich einerseits die Erfolge der Bewegung sind, so bedauerlich ist es, wenn man sich immer wieder mit den Grenztreitigkeiten befassen muß; aber schließlich kann man doch nicht all den Auswüchsen, die daraus entstehen, ruhig zusehen. Jedenfalls haben die Genossen Geil und Schlienz eingesehen, daß sie nicht die einzig Weisen sind, und unsere Kollegen von Mannheim-Ludwigshafen werden bestrebt sein, daß für die Zukunft den Brauereibesitzern kein so trauriges Bild von Arbeiterzerpflünderung gezeigt wird. Deshalb alles aufgegeben, um den Brauereiarbeiterverband nach außen und innen auszubauen. W. Garzenetter.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugang ist fernzubalten nach Lörrach, Marten bei Dortmund und Bielefeld.

Brauereien.

† Augsburg. Tarifvertrag. Mit der Prügellbrauerei wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Kollegen wesentliche Vorteile bringt. Die Arbeitszeit wurde um 1/2 Stunde pro Tag für alle Beschäftigten verkürzt, für Leberstunden Sonntags wie Wochentags werden 10 Pf. pro Stunde mehr bezahlt, Sonntagsjour wird mit 2,50 vergütet, die Sonntagsarbeit wurde von 3 auf 2 Stunden verkürzt, die Lohnhöhe beträgt 2,50 Mk. pro Woche, nicht getrunkenes Bier wird mit 15 Pf. pro Liter entschädigt, Urlaub ohne Lohnfortzahlung wird nach Dienstdauer 4 bis 6 Tage gewährt, am 1. Mai ist ein halber Tag frei. Dieses Resultat zeigt den übrigen Augsburgern Brauereien, daß sie sich sehr stark zu ihrem Nachteil verhalten haben, als sie seiner Zeit den Brauereiarbeiterverband glaubten als vertragschließende Partei ausschalten zu können und deshalb den Kampf provozierten, an dessen Wirkung und Folgen sie noch lange zu tragen haben werden. Die Scharfmacherei wird ihnen schon lange leid sein und sie werden sich oft genug ob der Einfalt von damals gescholten haben. Am 1. Mai aber in der Augsburgischen Brauereien allgemein bessere Verhältnisse zu schaffen, ist es notwendig, daß sie sich bis her noch unorganisierten Brauereiarbeiter Augsburgs endlich dem Verbande anschließen.

† Friedensfeld. Durch das Eingreifen des Gauleiters Schrems gelang es den Kollegen in der hiesigen Brauerei, einige Lohnausbesserungen zu erzielen. Auch wurde die Vergütung des nicht getrunkenen Freibieres erreicht. Bei militärischen Übungen wird 30 Tage lang täglich 1 Mk., bei Krankheitsfällen 10 Tage lang die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet. Wenn auch dieses Mal ein Tarifvertrag nicht vereinbart werden konnte, so ist auch der ohne Vertrag eingetretene Vorteil für die Kollegen immerhin erfreulich. In einer geschlossenen Organisation werden die Kollegen zukünftig mehr erzielen.

† Greifswald. Tarifvertrag. Mit einer anerkanntwertigen Ausdauer hielt ein kleiner Teil der Kollegen der Gerullesbrauerei, Zweigbetrieb der Kaffeler Gerullesbrauerei, an ihrer Organisation fest. Trotz mancher Widerwärtigkeit verließen sie nicht ihren Platz in der Organisation. Auch der Eintritt der Brauer in den Verband im vorigen Jahre war nur von kurzer Dauer, sie erlagen recht bald den Verlockungen einer Lohnzulage des Brauereibesitzers. Auch diese Wendung vermochte den Stamm der Mitglieder nicht zu erschüttern. Ausdauer war ihre Lösung. Nun war die Zeit gekommen, mit zeitensprechenden Forderungen an die Betriebsleitung heranzutreten. Zwar hatte diese anfangs nur ein ablehnendes Verhalten gezeigt, auch die persönliche Aussprache des Bezirksleiters Luz vermochte die Betriebsleitung nicht zu befehren. Was dieser aber nicht vermochte, erreichte die organisierte Arbeiterschaft, welche von dem Vorgang Kenntnis erhielt. Nicht bald war die Direktion zu Unterhandlungen und Zugeständnissen bereit. Nach viermaliger Verhandlung konnte ein für unsere Kollegen annehmbares Resultat gewonnen werden. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, welcher folgende Verbesserungen bringt: Die tägliche Arbeitszeit wurde von 12 auf 10 Stunden herabgesetzt. Die Löhne erhöht sich pro Woche um 2 Mk. bis 2,50 Mk. Leberstunden und Sonntagsarbeiten werden um 10 Pf. pro Stunde erhöht. Sonntagsjour und sechste Schicht der Geizer wird um 50 Pf. resp. 1 Mk. erhöht. Bierfahrer erhalten für Sonntagsfahren 1,50 Mk., bisher 1 Mk. Die Kourngelder wurden neu geregelt. Außerdem wurden die Ansprüche, welche aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sich ergeben, in der allgemeinen üblichen Weise festgelegt. Bisher wurde in solchen Fällen keine Vergünstigung gewährt.

Es ist dies der erste Tarifabschluß in Vorpommern und kann der Verband damit zufrieden sein. Allerdings wäre der Erfolg noch weit größer gewesen, wenn alle Mann organisiert gewesen wären. Nun liegt es an den Kollegen, tüchtig für den Brauereiarbeiterverband zu wirken, damit ihnen das Gewonnene auch erhalten bleibt.

† Hamm. Zur Tarifbewegung. Die Lohnbewegung der Brauerei „Mack“ ist endlich nach vier Monate langem Verhandeln beendet. Bereits bei dem letzten Tarifabschluß im Jahre 1907 machte sich ein dreitägiger Streik nötig, um besonders die Löhne der in den Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zurückgebliebenen Kategorien, wozu hauptsächlich die Bierfahrer mitzuzählen sind, zu heben. Nach Ablauf des Tarifs teilten wir denn auch der Brauerei mit, daß wir gemittelt wären, den Tarif auf ein Jahr weiterlaufen zu lassen, wenn sie mit eventuellen Abänderungsvorschlägen, welche wieder für die schlechter entlohten Arbeiter Verbesserungen bringen sollten, einverstanden ist. In einem längeren Schreiben wurden wir auf den schlechten Geschäftsgang verwiesen und mit unserer Angelegenheit an den Hoffortschubverband gewandt. Da nun unsere Vorschläge als abgelehnt galten, blieb uns nichts anderes übrig, als den Tarif zu kündigen, wollten wir überhaupt etwas erreichen. Nach vielen Verhandlungen, welche mit der Brauerei sowie mit dem Hoffortschubverband gepflogen wurden, in welchen letzterer kein rühmliches Verhalten an den Tag legte, ist dann eine Einigung zustande gekommen, wo für die Bierfahrer

eine Lohnerhöhung von 1 Mk. erzielt wurde, ferner Vergütung der Heberarbeit bei Landtouren von 1-2 Mk. pro Tour. Vom 1. Juni 1910 ab erhalten alle anderen Beschäftigten 1,50 Mk. Lohnerhöhung. Die sonstigen Bestimmungen des alten Tarifs bleiben bestehen.

Auf der Brauerei Jsenbeck, wo gleichfalls ein Tarif eingereicht ist, hat eine Besprechung mit der Direktion bereits stattgefunden, aber bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt. Hier müssen die Kollegen mehr noch wie bisher ihre Pflicht zu agieren in die Tat umsetzen, dann wird auch dort der bereits auf der Brauerei „Mart“ bestehende Tarif zur Durchführung gelangen können.

Kollegen, ist auch nicht alles erreicht, was wir wünschten, so können wir doch sagen, daß wir wieder vorwärts gekommen sind und der Kollegen gezeigt haben, daß die Solidarität kein leerer Wahn ist. Treu und fest müssen wir zusammenstehen und immer das Einigende hervorheben, dann wird der nächste Tarifabschluß sicher das uns jetzt noch Verenthaltene bringen.

Brauereien und Brennereien.

† Stettin. Tarifverträge. In der letzten Versammlung berichtete Kollege Voldt zur Lohnbewegung, daß jetzt in fünf Betrieben Lohnverträge abgeschlossen sind, und zwar in der Brauerei und Brennerei Courad, in der Brennerei Dramburg u. Hertwig, Brennerei Rückfort, Brauerei Bohrisch und in der Brennerei und Pflanzhofabrik Crepin.

Bei letztgenannter Firma hatte die Verbandsleitung schon oft versucht, die Kollegen zu organisieren, weil aber die Betriebsleitung immer aufpasste, so trauten sich die Kollegen nicht, zu uns zu kommen. Daraufhin versuchte die Brauereiarbeiterverhandlung mit der Hausgastation, und innerhalb acht Tagen gehörten sämtliche Kollegen dem Verbande an. Es wurde jetzt auch ein Tarifvertrag mit der Firma abgeschlossen, wodurch die Kollegen eine Lohnaufbesserung erhielten, und zwar einige 1 Mk. und andere 2,50 bis 4,50 Mk. pro Woche. Diese Staffelung gestaltet sich dadurch so ungleich, weil die Kollegen bis jetzt auf Stundenlohn arbeiteten, der sehr verschieden war. Einige hatten 28 Pf., andere 30 bis 35 Pf., so daß sie bei elf Stunden mit 28 Pf. einen Wochenlohn von 18,48 Mk. verdienen. Dahingegen haben jetzt die jüngsten Kollegen durch die Verhandlung des Brauereiarbeiterverbandes einen Lohn von 23 Mk. wöchentlich, und innerhalb eines Jahres 24 Mk. Dazu kommt eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche und auch noch ein Urlaub von drei bis vier Arbeitstagen bei Fortzahlung des Lohnes. Die Kollegen werden es jedenfalls nicht bereuen, daß sie sich dem Verbande angeschlossen haben. Durch das einmütige Zusammenhalten der Kollegen ist es gelungen, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Bei der Firma Bohrisch ist jetzt nach zwei Jahren der zweite Tarif abgeschlossen worden. Vor zwei Jahren fand eine Lohnaufbesserung statt, die 2,50 bis 3 Mk. die Woche ausmachte, und bei der jetzigen Verhandlung wurde wieder eine Aufbesserung von 2 Mk. erzielt.

Diese Erfolge werden hoffentlich dazu beitragen, daß sich jeder Arbeitsskollege selbst sagen wird, daß er sich in seinem eigenen Interesse nur den freien Gewerkschaften anschließen darf. Kollege Voldt teilt mit, daß hier in Stettin die Arbeitgeber der Brauereien und Brennereien sich dem Arbeitgeberverband der Eisenindustrie angeschlossen haben. Aus welchem Grunde sie das getan haben, brauchen wir wohl gar nicht weiter bekannt zu geben; denn es wird jeder Kollege wissen, daß er sich jetzt noch mehr um die Organisation zu kümmern hat, wie bisher. Diese Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Bier-Niederlagen.

† Stettin. Streik. Ende Juli wurde an den Bierverleger Ehrenreich die Forderung gestellt, die Löhne seiner Arbeiter um 1 Mk. pro Woche zu erhöhen. Wiederholte Verhandlungen seitens der Organisationsleitung, führten zu keinem Ziel. Ein Schreiben, uns bis zum 23. August endgültig mitteilen zu wollen, ob er die Forderung bewillige, blieb ohne Antwort, und so legten am 3. September früh die Kollegen die Arbeit nieder. Nach dreistündigem Streik wurde die Forderung bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Bierdepot, Selters- und Eimonadenfabrik.

† Gersford. Nichtigstellung. Im Bericht über die Lohnbewegung der Mineralwasserfabrik Wittenberg muß es richtig heißen: Bei Krankheitsfällen wird während der ersten vier Wochen der volle Lohn fortgezahlt.

Brennereien.

† Bielefeld. Tarifvertrag. Mit der Brennerei Dreesbeindie wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Hierdurch werden die Löhne um 1,50 bis 2,50 Mk. pro Woche erhöht; eine Erhöhung um 10 Pf. erfahren auch die Sätze für Sonntagsüberstunden. Bei militärischen Lebnungen wird 14 Tage lang der volle Lohn bei Krankheitsfällen 14 Tage lang die Lohnbifferenz fortgezahlt. Der ohne Lohnkürzung zu gewöhnliche Urlaub wird um einen Tag verlängert. Für in die Arbeitswoche fallende Feiertage wurde bislang nur der halbe Tagelohn gezahlt, nach den neuerlichen Abmachungen wird für solche Feiertage nichts mehr am Wochenlohn gezahlt.

Wenn Herr Dreesbeindie sich auch anfänglich der Unterschrift des Vertrages zu entziehen versuchte, bestimmte ihn jedoch die Stärke der Organisation bald, den Vertrag zu unterzeichnen.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Versammlung der Gruppe der Malzschinker, Seizer, Handwerker und deren Hilfsarbeiter, welche am 10. August stattfand, wurde das Thema: „Wie stellen wir uns zu der Frage der Verlängerung des Handwerkerarbeitsvertrages um ein Vierteljahr“, behandelt. In seinem einleitenden Referat verlas Kollege Träger ein Schreiben der Handwerkerkommission, in welchem an die Ortsverwaltung Berlin des Brauereiarbeiterverbandes die Frage gerichtet ist, ob wir geneigt seien, die kommende Lohnbewegung gemeinsam mit der Handwerkerkommission zu führen. Im Falle unserer Zustimmung würde sich die Handwerkerkommission sofort mit dem Verein der Brauereien in Verbindung setzen zwecks Verlängerung des Handwerkerarbeitsvertrages bis zum 31. März 1910, so daß dieser Vertrag mit dem der übrigen Kategorien ablaufe. Seitens unserer Ortsverwaltung wurde der Handwerkerkommission mitgeteilt, daß wir geneigt seien, gemeinsam mit den übrigen in der Brauereien vertretenen Organisationen die nächste Lohnbewegung zu führen. Nachdem der Referent die bei der nächsten Lohnbewegung einzuschlagende Taktik besprochen hatte, wurden in einer lebhaften Diskussion die Mängel des jetzigen Handwerkerarbeitsvertrages eingehend erörtert und deren Beseitigung als dringend notwendig bezeichnet. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

In der Versammlung der Gruppe des Fahrpersonals am 10. August sprach Kollege Schuldt die Vereinbarung der Brauereiarbeiterverband mit dem Volkshilfschutzverband und dem Schutzverband der Brauereien des norddeutschen Brauereiarbeiterverbandes in bezug auf Arbeiterentlassungen infolge Konjunkturrückganges getroffen hat. Da der Reichstag die Entschädigung der durch die Einführung der Brauereiarbeiter drohenden Brauereiarbeiter abgelehnt hat, sei es Pflicht des Brauereiarbeiterverbandes, das Bruttovermögen seiner Mitglieder möglichst zu vermindern, und dieses sei durch die mit den Unternehmerorganisationen abgeschlossene Vereinbarung geschehen. Der inzwischen erschienene Referent, Genosse Kubig, hielt alsdann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die neue Reichs-

finanzreform und ihre Wirkung“. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Anwesenden zum Eintritt in die politische Organisation und zum Abonnement des „Vorwärts“ auf.

Die Gruppenversammlung der Flaschenkeller, Weisbierbrauereiarbeiter und Diverse am 12. August hörte ein ausgezeichnetes Referat des Arbeiterreferenten Genossen Ad. Ritter über „Die neue Reichsfinanzreform und ihre Wirkungen“. In fesselnder Weise schilderte der Redner die immer größer werdende Finanznot während der Vera Wilson und wie sich dann der schwarzblaue Block zusammenschloß, um Hunderte Millionen neuer Steuern, die die breite Masse treffen, zu bewilligen. Weiter ging Referent auf die uns am meisten angehende Biersteuer ein, streifte die Abmachungen der Organisation mit den Unternehmern zwecks Verhütung von Arbeiterentlassungen infolge Konjunkturrückganges und schloß seine Ausführungen mit einem wirkungsvollen Appell an die Anwesenden, ihre gewerkschaftliche Organisation, den Brauereiarbeiterverband, und die politische Organisation auszubauen und zu stärken.

Die Gruppenversammlung der Brauer und Brauereihilfsarbeiter am 14. August beschäftigte sich mit der Frage: „Wie wird sich unsere Lohnbewegung nach dem Inkrafttreten der neuen Brauereiarbeitergesetzgebung gestalten?“ Kollege Sodapp schilderte eingangs seiner Ausführungen die Lage der Brauereiarbeiter, wie sich dieselbe durch die angekündigte Bierpreiserhöhung gestaltet habe. Die Situation sei für die Brauereiarbeiter nichts weniger wie rosig. Zuerst sei unser Gewerbe durch das Daniederliegen der gesamten Industrie schwer in Mitleidenschaft gezogen und dann folge die Brauereiarbeiterhöhung mit ihren nicht zu überschauenden Wirkungen auf dem Fuße. Am Entlassungen von Arbeitern in der Brauindustrie möglichst zu vermeiden, sind seitens des Brauereiarbeiterverbandes und der Unternehmerorganisationen, dem Volkshilfschutzverband und dem Schutzverband der Brauereien, Vereinbarungen getroffen. Zu unserer bevorstehenden Lohnbewegung übergehend, erklärte der Redner, daß die geringen Verbesserungen der Löhne, welche der jetzige Tarifvertrag geschaffen habe, durch die kolossale Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel bei weitem wieder aufgewogen seien. Eine Aufbesserung der Löhne, besonders der niedriger bezahlten Arbeitnehmer in den Brauereien, sei darum notwendig. Die wirtschaftliche Lage der Brauereiarbeiter sei eine solche gedrückt, daß eine Kündigung des Tarifvertrages und Verbesserung desselben notwendig sei. Redner trug der Versammlung die Leitsätze vor, unter deren Beachtung nach seiner Ansicht eine Umgestaltung der zurzeit geltenden Tarifverträge zu geschehen habe. Die notwendige Voraussetzung der Durchführung dieses Tarifprogrammes sei eine starke, einheitliche Organisation, an deren Schaffung jedes Mitglied nach besten Kräften mitarbeiten müsse. Den Ausführungen Sodapps folgte eine lebhafte Diskussion.

Kaum ist die Brauereiarbeiter in Kraft getreten, da glauben einige Brauereien, trotz der Vereinbarungen, Leute entlassen zu müssen. Die Brauereien Hilsbein S. W. und Schweizergarten hatten je einen Kollegen entlassen. Durch Verhandlung der Ortsverwaltung mit den beiden Betriebsleitungen wurden die beiden Entlassungen rückgängig gemacht.

Greiz. Die am 26. August tagende Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Auf der Tagesordnung stand: „Der hiesige Bierkrieg“, der nun schon zirka 3 Wochen dauert und noch zu keinem Resultat geführt hat. Hierüber referierte Kollege Stöcklein. Er streifte nochmals kurz die Brauereiarbeiter und ging dann in besonderer auf den Kampf ein. Mit treffenden Worten wies er die Anwesenden auf den Kampf hin, der wohl für die Greizer Brauereiarbeiter noch schwere Folgen haben wird. Auch die Diskussion war eine sehr rege. Kollege Biedner schilderte den ganzen Beginn des Kampfes. Zum Schluß kritisierte Kollege Stöcklein das Verhalten einiger Kollegen, und forderte alle Anwesenden auf, Solidarität zu üben und die brotlos werdenden Kollegen nach Kräften zu unterstützen; allen persönlichen Klatsch in und außer dem Geschäft beiseite zu lassen und nicht dem Unternehmertum noch miltommene Waffen in die Hände zu drücken. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, am 26. August, in Gollas Saal in Greiz versammelten Brauereiarbeiter verpflichten die Bezirks- und Zahlstellenleitung, mit den hiesigen Brauereien in Verbindung zu treten, um statt vorkommender Entlassungen abwechselnde Feiertage einzuführen zu versuchen. Die Brauereiarbeiter sind verpflichtet, etwaige Kündigungen resp. Entlassungen sofort dem Zahlstellenvorsitzenden zu melden.“

Die nun am Freitag, den 27. August, erfolgte Kündigung betrifft in der Vereinsbrauerei 14 Mann und in der Volkshilfsbrauerei 8 Mann. In der Vereinsbrauerei wurde von jeder Kategorie ein kleiner Teil betroffen, hingegen hat man in der Volkshilfsbrauerei nur Leute aus dem inneren Betrieb genommen. Das sind die Folgen dieser Schnapsblockpolitik, die auch der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Oberjustizrat Arnold, der „Mann mit dem warmen Herzen für die Arbeiter“, mitgemacht hat.

Karlsruhe. In der Brauerei Moninger wurde unser Vertrauensmann in der Flaschenabteilung entlassen, angeblich weil beim Abfüllen ein Märgchen los wurde und in die Flasche gefallen sein soll. Dieses konnte aber bis jetzt, obwohl schon Wochen im Land gegangen sind, nicht nachgewiesen werden, und daher besteht die Vermutung, daß dies Märgchen auf andere Art und Weise abhanden gekommen ist, um dem Kollegen ein anhängen zu können. Die Entlassung ist deshalb zu Unrecht erfolgt und die Brauerei hätte sich sagen müssen, solange der Beweis nicht vorliegt, ziehen wir die Kündigung zurück. Dies geschah jedoch nicht und deshalb erklärten sich sämtliche Kollegen im Flaschenkeller solidarisch. Am nächsten Tage wurde die Arbeit nicht aufgenommen. Die Brauereileitung glaubte aber, durch die Zurücknahme der Kündigung könnte die Autorität Schaden leiden und wir sollten an Stelle des Entlassenen einen anderen organisierten Arbeiter schicken. So sehr wir diesen Umsturz in der Einstellungsweise der Arbeiter in der Brauerei Moninger anerkennen, wird uns doch niemand zumuten, ein Mitglied anspruchlos auf die Straße setzen zu lassen und dafür einen anderen Kollegen in den Betrieb hineinzuschicken. Diese Moral kann vielleicht im „Bund“ gang und gäbe sein, bei uns aber darf niemand danach suchen. Wo ein Unrecht vorliegt, werden wir es bekämpfen, mag die Brauerei heißen wie sie will. Dieses mag sich der Herr Berichterstatter in der „Bundeszeitung“ merken.

Weil wir aber schon einmal dabei sind, wollen wir diesen Herrn etwas an das Tageslicht setzen. In der Brauerei Moninger wurden von jeder nur waschechte Notfussler eingestellt. Die Mälzerei Wimpfheimer suchte heuer nach Kampagneschluß einige Kollegen in der Brauerei Moninger zu placieren. Es wurden aber wieder drei Protektionsfinder von auswärtig, via Kaiserlautern, weil dort die Löhne so schlecht sind, herbeigeholt, und die hiesigen Familienbäuer hatten das Nachsehen. Dieses veranlaßte uns, einmal die einseitige Bevorzugung dieser Gesellen in der Brauerei Moninger öffentlich zu kritisieren. Das Resultat war, daß sich die Brauerei Moninger bereit erklärte, die hier ansässigen von uns vorgeschlagenen Brauer bei Bedarf vorweg einzustellen. Tatsächlich ist jetzt auch ein Kollege als überzählig eingestellt worden und wird das Vermittlungsbüreau Notfussler einmischen geschloffen bleiben. Dieses mag die Herren etwas unangenehm berührt haben, sie lassen sich nur zu sehr merken durch den Bericht über den Streit der Flaschenarbeiter in der „Bundeszeitung“, wo sie allerlei Dunst verpuffen. Ob der Brauerei Moninger dabei ein Dienst erwiesen wird, möchten wir bezweifeln.

Dadurch sehen wir uns veranlaßt, die Bundesherlichkeit hier am Ort und in der Umgebung etwas näher zu beleuchten.

Es wird noch in aller Erinnerung sein, daß in der Brauerei Belsch in Pforzheim die dortigen reingezüchteten rauf-lustigen Wesselfelden zwei Kollegen im Scholander mitschleuderten und deswegen zu einer Geldstrafe (wie mißbe) und zur Ertragung der Kosten verurteilt wurden. Auch weigerte sich die Brauerei-

Belsch, die Missetäter zu entlassen und ist der eine unentwegte Gesellschaftsleiter Schmieber immer noch als Ausschreiber dort tätig. Der andere namens Bornier, seines Zeichens Vorsitzender des Bundesvereins Pforzheim, ist schon längst über alle Berge. In seinem Harmonienbuch glaube er, die Köhlen der Brauerei wären sein Eigentum, auch hatte er sonst noch allerlei Tugenden, so daß der „Bund“ eine schätzenswerte Kraft an ihm verlor. Ein Fehler von ihm aber war, daß er kein Geld hatte, um die Strafe und Gewerkschaften zu zahlen. Der „Bund“ deutscher Brauereigesellen ist aber großmütig, er steht seinen Mitgliedern überall bei, so auch hier. Der „Bund“ zahlte die Kosten für die Mißhandlung von Nebenarbeitern. Der Kassierer wollte zwar das Geld nicht gerne abgeben. Ach, hätte er es nur behalten! Bornier lieferte den Bundesobolus nicht an die Staatskasse ab und verschwand aus Pforzheim, und schließlich mußte Herr Belsch in den eigenen Beutel greifen, um die böse Tat zu sühnen. Inwiefern der Bundeskasse ein Lebergeschulden geliehen ist, wissen wir nicht, weil der Bundesverein über solche Einnahmen keine Rechnung legt und neugierige Mitglieder, welche darüber Ausschluß haben wollen, scheunigst aus dem Bund hinausgeschmissen werden. Soviel steht fest, daß der Bundesverein Karlsruhe die Unkosten, die ihm durch die beiden Kaufbrüder in der Brauerei Belsch erwachsen, in der Form von ein paar blauen Lappen zurück-erstattet erhielt. Und solche Leute erdreisten sich zu behaupten, die Interessen der Arbeiter zu vertreten! Der gestreichte Bundesstrategie läßt daher besser, einmal in seiner nächsten Umgebung Umchau zu halten, als sich mit diesen Dingen zu befassen, von welchen er seiner ganzen Veranlagung nach keine blasse Ahnung hat.

Zu bedauern sind nur diejenigen Kollegen, die noch immer diesen Leuten nachlaufen, welchen der Verrat an der Arbeiterklasse an der Stirn geschrieben steht. Macht Euch los von der Vormundschaft dieser Elemente und vereinigt Euch mit der klaffenbewußten Arbeiterschaft, welche offen und ehrlich den geraden Weg geht. Die Weltgeschichte läßt sich von ein paar Querschnitten nicht aufhalten. Zudem wird die Arbeiterschaft in Karlsruhe und Pforzheim Sorge tragen, daß der gelbe Sumpf mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird.

Wien-Mühlheim. In der am 15. August stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung gab Geschäftsführer Kollege Huber den Bericht vom 2. Quartal. Die Massenverhältnisse waren folgende: Einnahmen für die Hauptkasse 2154 Mk., Ausgaben 1353,67 Mk. In die Hauptkasse konnten somit 800,33 Mk. abgeführt werden. Einnahme der Lokalkasse inkl. Bestand vom 1. Quartal 448,81 Mk., Ausgabe 310,20 Mk., bleibt Bestand 138,61 Mk. Mitglieder wurden 67 neu aufgenommen, so daß sich die Mitgliederzahl von 348 am Schluß des 1. Quartals auf 400 erhöhte. Die Arbeit des Lokalbeamten war auch in diesem Quartale wieder eine sehr vielseitige. In zwei kleineren Brauereien hier am Orte wurde infolge Vorkostungsverweigerung eine Lohnerhöhung von 2-3 Mk. wöchentlich erzielt. Auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises leistete unser Lokalbeamter sehr Nennenswertes. Huber führte an, daß sich durch die unerhörte Brauereiarbeiter- und der selbstverständlichen Bierpreiserhöhung jetzt schon in allen Ecken der Konjunkturrückgang fühlbar mache und die Brauereien jetzt schon dazu übergingen, bei vakanten Stellen keine Leute mehr einzustellen oder gar Leute zu entlassen. Er forderte die Kollegen auf, tatkräftig zu agieren und eine einheitliche Organisation zu schaffen, denn nur diese könne den Brauereiarbeitern für die Zukunft eine Stütze sein. Dann berichtete Huber über einen Fall in der Brauerei Laabe, Sternengasse. Die Arbeiter der dortigen Brauereien klagten seit längerem über schlechte Behandlung, geringe Löhne und lange Arbeitszeit. Huber fügte sich als Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes verpflichtet, Herrn Laabe auf diese Zustände in seinem Betriebe hinzuweisen. Er wandte sich nun schriftlich an Herrn Laabe und bat in sachlicher Weise um Abhilfe. Auf Grund dessen bekennt Kollege Huber von dem Zapper und Vertrauensmann des Herrn Laabe, Rudolf, der die Hauptschuld an den schlechten Zuständen trägt, kein Bier eingeschänkt, und Herr Laabe weiß davon. Wenn Herr Laabe des Treiben seines Vertrauensmannes Rudolf nicht noch sehr unangenehm wird, er wird noch begreifen lernen, daß die Arbeiter auch noch ein Wort mitzureden haben.

Mainburg. Hollerbauer Ausbeutung. Die Herren Steinmeier sen. und jun. beauftragten schon öfters ihren Oberburschen, der einen Wochenlohn von 10 Mk. und alle Verantwortung für den Brauereibetrieb hat, die Brauer früher aus dem Bett herauszutreiben. Dem Oberburschen schien die Ausbeutung von früh 4 bis abends 7 und 8 Uhr groß genug, und weil er die Kollegen nicht früher weckte und nicht genug antrieb, setzte man ihm solbiel zu, daß er sich vergaß, sich an einem der Herren vergreifen und den Junior an die Luft beförderte. Infolgedessen war das Arbeitsverhältnis gelöst, und die Herren waren sehr zufrieden. Bei dem Wochenlohn, der Verantwortung und der Behandlung werden sich wohl wenige um den Posten bewerben. Die Arbeitszeit beträgt, wie gesagt, 13 bis 14 Stunden, mit Präsenzzeit 15 1/2 Stunden. Früh wird Kaffee im Laufen genommen, zwischen 9 und 10 Uhr unregelmäßig 1/2 Stunde Wesper, vor 12 Uhr 1/2 bis 3/4 Stunde Mittag, nachmittags 1/2 Stunde Wesper und dann bis 7 und 8 Uhr. Sonntagsarbeit von früh 4 Uhr bis vormittags 10 Uhr. Gesellschaftliche Sonntagsruhe gibt es nicht und auch keine Vergütung für Heberarbeit. Die Löhne sind für Brauer 7 Mk., für Lehrlinge 4 Mk., dazu durchschnittlich 14 Stunden Arbeitszeit, und doweil soll der Oberbursche die Leute noch früher aus dem Bette treiben und noch mehr drillen. So ist es dort, wo noch keine Organisation vorhanden ist. Kollegen von Mainburg, organisiert Euch, damit auch hier bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Mindorfzell. Am 22. August fand eine zahlreich besuchte Brauereiarbeiterversammlung statt. Kollege Gollzjurner sprach über das Thema: „Die neuen Steuern und die Zukunft der Brauereiarbeiter. Der lebhafteste Beifall sowie die sofortige Bereitwilligkeit der fernstehenden Kollegen, sich in den Verband aufzunehmen zu lassen, hat am besten betrieuen, daß diese instruktiven Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die Kollegen sich und Kopf aufbieten sich im Sinne des Referenten und übten besonders noch scharfe Kritik an dem schmählichen Verrat der arbeitenden Klasse durch die Zentrumspartei und die christlichen Gewerkschaftsführer. Unter „Verchiedenes“ wurde das Verhalten des ehemaligen Vertrauensmannes Albert Traub von der Löwenbrauerei, Konstanz, welcher nicht nur dem Verband den Rücken gefehrt hat, sondern hinter den Kulissen eifrigt bemüht ist, auch die übrigen Mitglieder von diesem abwendig zu machen, ganz entschieden gemißbilligt. Dieser „Kollege“ hat es schon von jeher verstanden, sich bei dem Unternehmer als lieb Kind zu zeigen und auf Kosten seiner Mitarbeiter durch Wohlwollerei persönliche Vorteile sich zu verschaffen. Kollege Koch richtete noch einen dringenden Appell an die Kollegen, des Christes der Zeit bewußt zu sein, und muß ein jeder Kollege Agitator werden. Er wies auch auf die bevorstehenden Landtagswahlen hin und forderte die Kollegen dringend auf, ihre Pflicht zu tun, daß diesen Volksbetrügnern die Pforten des badiischen Landtagsparlamentes verschlossen werden und dafür wirkliche Vertreter des arbeitenden Standes einziehen.

Rundschau.

Von Steuerreklamationen. a. r. Die Vorsitzenden der preussischen Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen verlangen von dem Arbeiter, der Einspruch gegen das Ergebnis der Veranlagung erheben will, eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Verdienstes. Das Ver-

Langen kann keinen anderen Zweck haben, als die Erfindung der Reklamationen. Denn der Arbeitgeber muß ja ohnehin diese Angaben regelmäßig der Steuerbehörde machen für alle Beschäftigten, deren Jahreseinkommen den Betrag von 3000 Mk. nicht übersteigt, also nicht allein für die Reklamierenden. Das schreibt der § 23 des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906 vor, dessen Zweck das ist, das es sorgfältig unterlassen hat, die Arbeiter zur Auskunft über die bei ihnen hinterlegten Kapitalien zu verpflichten. Entbunden von dieser Verpflichtung sind nur solche Unternehmer, die nicht dauernd fremde Hilfskräfte beschäftigen. Die Mehrzahl dieser letzteren weiß aber gar nicht, daß sie nicht verpflichtet sind. Und da auch die Steuerbehörde es ihnen nicht verweigert, so nehmen auch sie diese lästige Arbeit auf sich. Bestig ist dieser § 23 seitens der Unternehmer bekämpft worden. Und mit Recht. Je größer der Betrieb, desto höher der Aufwand an Arbeitskraft, der erforderlich ist, um alljährlich die gewünschten Bescheinigungen auszustellen. Kommen nun nach der Steuerbehörde, fleißig noch ihr, auch noch die zu hoch veranlagten Arbeiter und wollen noch einmal schwarz auf weiß haben, was die Steuerbehörde doch schon längst besitzt, so wird mancher Arbeiter müde abgewiesen, mancher aber auch hingehalten, so lange, bis die Einspruchsfrist verflutet ist. So kommt es, daß in jedem Veranlagungsbezirk eine erhebliche Anzahl Steuerzahler noch mehr bezahlen muß, als das ohnehin zu harter Gesetz für ihr wirkliches Einkommen vorschreibt. Ist die Veranlagung erst rechtskräftig, dann ist nichts mehr dagegen zu machen. Schadenersatz vom Arbeitgeber kann der Arbeiter nicht verlangen. Es findet sich keine Stelle im Gesetz, die den Arbeitgeber verpflichtet, auch dem Arbeiter eine Bescheinigung auszustellen. Versteht doch das Verlangen der Behörde dem Arbeiter gegenüber nur auf Willkür, nicht auf dem Gesetz. Und selbst wenn der Anspruch des Arbeiters irgendwie zu begründen wäre, so hätte er meist doch keinen Nutzen davon, weil die Klage mit der Entlastung beantwortet würde.

Wer viel mit Steuerjahren zu tun hat, muß ständig Beschwerden hören wie: „Ich konnte die Bescheinigung nicht eher erhalten“, oder „ich konnte nicht reklamieren, weil ich keine Bescheinigung erhielt.“ Wer selbst Sklave von kleinen oder großen Betriebsbesitzern gewesen ist, der weiß genau, wie kritisch es ist, den Gehaltigen oder seine Stellvertreter mit Privatangelegenheiten belästigen zu müssen.

Mindestens so übel aber wie jene Arbeiter, die keine Bescheinigung erlangen können, sind jene gestellt, die eine Bescheinigung erhalten, die der Wahrheit nicht entspricht. In Hunderten von Fällen wird das Einkommen des Arbeiters zu hoch angegeben: jahrlänglich, aber auch abfichtlich. Die Strafammer in Elberfeld hat jüngst einen Arbeiter wegen Urkundenfälschung zu der geringsten Strafe von einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er eine solche Lohnbescheinigung des Unternehmers geändert hatte. Ob die Veränderung richtig war und durch die Veränderung falsch wurde, oder ab es etwa umgekehrt war, weiß ich nicht. Jedenfalls kommen auf diesen einen Fälscher aus Arbeiterkreisen Hunderte von Unternehmern, die falsches beurkunden. Was geschieht mit diesen?

Welche Motive es immer sein mögen, die einen Unternehmer zu solch einer falschen Beurkundung veranlassen, er handelt verantwortlicher als der fälschende Arbeiter handelt, und jedenfalls mit mehr Erkenntnis der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise. Wenn sich in einem einzelnen Veranlagungsbezirk hundertfach nachweisen läßt, daß der Unternehmer das Einkommen des Arbeiters zu hoch angibt, wie viele solcher Fälle mögen es da in Wirklichkeit und im ganzen sein? Leider ist der Arbeiter, der am Jahresabschluss selbst seinen Verdienst auf Heller und Pfennig angeben kann, heute noch eine Ausnahme. Danach stellen die nachweislichen Fälschungen nur einen Bruchteil der wirklich vorkommenden dar.

Warum wohl mögen Unternehmer abfichtlich ein zu hohes Einkommen des Arbeiters bescheinigen? Es mag mancherlei Gründe geben. Manchmal mag es Prahlerei sein. Oft geschieht es aus niedriger Nachgiebigkeit. Besonders dem qualifizierten und daher etwas freieren Arbeiter gegenüber wird das Mittel oft angewandt. Vorläufig kann man menschliche Arbeitskraft noch nicht ausnützen, ohne den Menschen, der sie hergibt, in Betriebe dulden zu müssen. Zu Händen und Hirn gehört der ganze Körper, damit auch der noch Ansicht des Unternehmers viel zu freche Mund. Soldaten Aufstapfen, Gelehrten, die man zum Teufel wünscht, leider aber in der Branche des Betriebes nicht missen kann, läßt sich mit der falschen Lohnbescheinigung ein Schlag aus dem Hinterhalt versetzen.

In der Hauptsache wird es aber wohl darauf abgesehen sein, zum Schaden des Arbeiters nach oben zu fälschen, damit zum eigenen Nutzen besser nach unten gefälscht werden kann. Das Ziel an Lohn belastet natürlich das Konto: Betriebskosten und entlastet so den Unternehmer selbst gegenüber der Steuerbehörde. Dagegen kann der Arbeiter sich nur dadurch wehren, daß er regelmäßig seinen Lohn genau notiert und zur Sicherheit seine Kopien durch Zeugen nachprüfen läßt. Das ist leicht zu machen. Es gibt vorzügliche Arbeiterfrauen, die jede Lohnnote sorgfältig aufbewahren. Damit läßt sich dann unumwunden der wirkliche Verdienst nachweisen. Gelegentlich sind die Lohnbücher ja leider erst für die Kleider- und Wäschebranche eingeführt. Dieser Mangel hindert aber die Organisationen nicht, die Lohnbücher auch in anderen Branchen zu erzwingen. Wo das noch nicht geht, sollte es mindestens in den vorwiegend mit organisierten Arbeitern besetzten Betrieben versucht werden.

Der Protestierer acht, wenn man ihm mit Durchführung kommt. Er hatte gestern nichts, hat heute nichts und wird morgen nichts haben. Wozu da Buch führen? Er wird aber ernst, wenn man ihm den Lohn pündlich für Steuern, die er seiner Hebergehung nach nicht schuldet. Aber mit Protestieren und Schimpfen ist da nichts getan. Beweisen muß er, was er verdient, wenn er nicht neben der ungeheuren Last der indirekten Steuern auch noch zubielt direkte Steuern tragen will.

Selbst hat der in Elberfeld bestrafte Arbeiter nur richtig stellen wollen, was falsch behundet war. Hat er aber wirklich gefällig, dann ficher nicht aus Hebermut. Kräfte und Feuerkraft werden manchen „Steuerfreien“ (von direkten Steuern befreiten) Arbeiter zur Verzweiflung. Warum sollte sie nicht einen zu Dummbreien veranlassen, dem die zu erwartende Steuer unerschwinglich scheint.

Hier müssen eben die Arbeiter selbst nach Möglichkeit vorgehen. Der Staat braucht Geld für Kriegszwecke und ähnliche Kulturmittel. Die Junker und was ihnen gleich wollen keine Steuern zahlen. Aber die Arbeiter sollen wenigstens dafür sorgen, daß der große Schaden, den der einzelne vorläufig sich gefallen lassen muß, nicht noch durch eigene Nachlässigkeit vergrößert wird. Wer einwandfrei nachweisen kann, was er verdient, der wird auch vor zu hoher Veranlagung geschützt werden können, trotz gesetzlicher und behördlicher Schikanen und trotz falscher Beurkundung des Unternehmers.

Ausgang der Einnahmen des Bundes deutscher Brauereiarbeiter.

Die Unterstützungslasten des Bundes hatten im Jahre 1907/08 eine Einnahme von 24 068,58 Mk., im Jahre 1908/09 dagegen eine Einnahme von 22 350,68 Mk., also im letzten Jahre gegen das Vorjahr weniger 1717,72 Mk. Da nun die Beitragshöhe die gleiche geblieben ist, muß schon die Mitgliederzahl zurückgegangen sein.

Dieser „Fortschritt“ hat sicher der Bundesbeamte Siegert mit seiner erfolgreichen Interzessionsbetreibung zuwege gebracht, die dem Bund außerdem im letzten Jahre circa 6000 Mk. löste.

Wir können es aber noch Lage der Sache auch verstehen, wenn der Bundesbeirat die Rente eines Invaliden von 10 Mk. auf 2 Mk. monatlich endgültig reduziert.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schillerstr. 61 V, Berlin O. 27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Lokalbeamter gesucht.

In Stelle des Kollegen Döllinger, welcher aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurücktritt, wird zum sofortigen Antritt ein geeigneter Kollege als Lokalbeamter für Hamburg gesucht. Derselbe muß bereits längere Jahre im Brauereiarbeiterverband agitatorisch gewirkt und zur Vertretung der Mitglieder geeignet sein. Bewerbungen wollen bis zum 18. September unter der Aufschrift „Lokalbeamter“ an das Bureau des Brauereiarbeiterverbandes in Hamburg, Zeughausmarkt 44 II, eingesandt werden. Der Hauptvorstand.

Gewarnt wird vor dem Brauer Georg Moser aus Unterfranken, geb. 31. Mai 1868, der auf dem Wege von Amerika nach Deutschland ist und sich in Krooksm Handlungen zu schulden kommen ließ, die einen Ausschluss aus dem Verbanne rechtfertigen. Gesucht wird der Brauer Karl Schuler, geb. 15. August 1887 in Freudenstadt, zuletzt in Sieb. Dessen Adresse ersuchen wir umgehend an Kollegen Ph. Neß, Straßburger-Schillergasse, Bismarckstr. 31, einzusenden.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Mainz-Wiesbaden. Vorsitzender ist Johann Brück, Gaugasse 29. Offenburg. Unterstützung an Reisende wird hier bis auf weiteres nicht ausbezahlt. — Vorsitzender G. Schlicht wohnt Badstraße 16.

Eingänge der Hauptkasse

vom 30. August bis 5. September. Für Beiträge: Berlin 10.—, Forst 41,80, Magdeburg 200.—, Hamburg (Bezirk) 39.—, Schwellingen 100.—, Mühlberg 4,55.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Einfagegelber erhalten: Augsburg 40 Mk., Augsburg 70 Mk., München 200 Mk., München 300 Mk., Nürnberg 100 Mk., Nürnberg, 100 Mk., Zwickau 400 Mk., Hofenheim 100 Mk. Material-Verband. Landshut 50 Karten, 500 Markten. Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Wallher Richter.

Erzucht dringend um die Adresse der Brauer Thomas Bachhuber aus Bellingries und Josef Schmitt aus Göttern (Oberpf.). Ernst Bauerjohs, Zahlstelle Wjassensburg, Kornelienstr. 29.

Drei gutgehende Gastwirtschäften

mit großem Bierverbrauch, teils mit Delonomie, preiswert zu verkaufen. Nähere Angaben. Ernsthafte Interessenten erhalten Anstund von Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Bier-Verlag m. Syphon-Geschäft. Erlitt. i. bill. z. verk. Garant. Verd. 4000 H. Brauereibuch. Nur einige Mille erforderlich. Krugelund, Altona, Adolfsstr. 162.

Für Brauer. Sichere Erlöse bietet lehrreiches Buch über Herstellung von Weizenbier, Almonaden und alkoholfreien Getränken. Preis 1 Mk. G. Küber, Offenbach, Verlach 6, München.

Berufs-Bekleidung

für Brauer u. sämtl. Berufe in starkes solider Ausführung, und billigster Preise. Qu. I. Ia. Primo. Hosen, Manchester, 3,75 5,75 7,25. Westen, „ „ 2,25 2,85 3,60. Jackett, „ „ 5,25 8,25 10,25. Hosen, Drap-Leder, 2,25 3,60 4,10. Hosen, bedruckt, Leder, 1,95 2,85 3,70. Flanel-Hemden, grau, d. Brust Mk. 2,35 2,65. Oxford-Hemden, Dopp., 1,45 2,15.

Berufs-Bekleidungs-Industrie

Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12. Kataloge gratis. — Bei Bestellg. g. genügt. Brus. weite od. Schärflänge. Bestellun. en über 12 Mark portofrei. Die beste Bezugquelle für wirklich brauchbare und extra starke Polysidme und Stiefel — Jahre zula 25 Sorten — sowie sämtliche Bedarfsartikel in Arbeitsjacken, Wäsche, Krüge und Koffer. Viele Anerkennungs-schreiben. Preisliste gratis.

Joh. Dohm,

Kiel, Winterdeckerstraße 12, Spezialgeschäft für Brauereiarbeiter. Unsern Kollegen und Eberwärtigen Paul Gentschel und seiner lieben Frau Elsi, geb. Rami, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen der Bavaria und Röhre-Brauerei, Pöppel - Saalfeld.

Unsern Verbandskollegen Hermann Kapf nebst seiner lieben Frau Auguste, geb. Kurde, zur Vermählung am 5. September nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Metzerei- und Kellereiarbeiter der Brauerei C. Ripte, Breslau.

Unsern Kollegen August Weher und seiner lieben Frau Hulda, geb. Meyer, zur Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Magdeburg.

Unsern Kollegen Christian Plambeck und seiner lieben Frau Bertha, zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Destillation und Weinhandlung von Rehov, Kiel.

Unsern Kollegen Paul Tich und seiner lieben Frau Frieda, geb. Gerde, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen der Brauerei Engelhardt, Pantow.

Unsern Kollegen Josef Weiß und seiner lieben Frau Maricchen, geb. Heimrich, die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Verbandskollegen der Brauerei C. Ripte, Breslau.

Unsern Kollegen Simon Birt und seiner lieben Frau Fauny zur Vermählung am 6. September nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Leitzbrauerei München.

Unsern Verbandskollegen Hans Kück und seiner lieben Frau Grete, geb. Fohndol, nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. Die Organisierten des Regensburger Bräuhauses, Regensburg.

Mensburg 300.—, Lübz 40.—, Lanzia (Bezirk) 65,50, Gmünd 100.—, Neumünster 118,10, Uetersen 85.—, Gera 250.—.

Für Inserate: Dresden 2,10, Schwennungen 2,10, Saalfeld 4,50, Verlach 2,40, Breslau 2,10, Magdeburg 1,90, Weizenfels 4.—, Großschönow 60.—, Effen 2,10, Stiel 2,10.

Für Abonnements: München 2,40. Für Protokolle: Saalfeld 2,30. Für Notizblätter: Saalfeld 11.—.

Zur Unterstützung der schwedischen Arbeiter: Güstrow 10.—, Paffau 10.—, Neizen 30.—, Freiburg i. Baden 10.—, Skatobik 20.—.

Materialverkauf.

Berlin 300 Mitgliedsbücher, Düsseldorf 100 Mitgliedsbücher und 2400 Marken a 50 Pf., Gera 4000 Marken a 50 Pf., Regensburg 60 Mitgliedsbücher und 400 Marken a 30 Pf.

Veranstaltungen.

Sonntags, den 11. September. Hamburg, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus. Freiburg i. B. 8 Uhr, Brauerei Gaster, Weberstraße. Oldenburg, 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Neffenstraße. Schwerin, 8 1/2 Uhr, Gasthaus zum deutschen Kaiser, Waldfird. 8 Uhr, im Gasthaus zur alten Post, Weimar. 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Witten. 8 1/2 Uhr bei Teich.

Sonntag, den 12. September. Aurich, Beim Gastwirt Lambrecht in Hartum. Emmendingen, 10 Uhr vormittags Gasthof zum Adler. Offen, 8 1/2 Uhr, bei v. d. Leo, Schützenbahn. Vortrag. Unorganisierte mitbringen. Köln, Die Veranstaltung am Sonntag fällt aus. Tag des Statistens wird noch bekanntgegeben. Wülheim a. Ruhr, 4 Uhr, bei Sollenberg, Dickwall. Neferent Brülling, Neuhaldensleben. Bei Finte in Althaldensleben. Abmarsch 8 1/2 Uhr bei Krause. Auch Brennerarbeiter mitbringen. Reichenbach, Wylau, Neuhalden, Neumark, Treuen und Umgegend, 8 Uhr, Germaniaaal in Wylau. Unorganisierte mitbringen. Nottweil, 2 Uhr, Siegeshalle. Traunstein, 10 Uhr vormittags, Gasthaus zum Wiesenwirt. Uetersen-Tornesch. Im Lokal Golst in Uetersen.

Probiere rasieren, ohne studieren, nur zwei Minuten und der Bart ist ab



mit unserem neuen gesetzlich geschützten **Sicherheits-Rasier-Apparat „Herold“** Sehr bequem und praktisch, weil die Klinge verstellbar angeordnet und in drei verschiedene Stellungen gebracht werden kann, so dass alle Gesichtspartien mit Leichtigkeit und rechten Hand „hilflos“ erreicht werden können.

„Herold“ Sehr bequem und praktisch, weil die Klinge verstellbar angeordnet und in drei verschiedene Stellungen gebracht werden kann, so dass alle Gesichtspartien mit Leichtigkeit und rechten Hand „hilflos“ erreicht werden können.

Auch ganz Ungeübte können sich mit Vorübung schnell und tadellos rasieren. „Herold“ ohne starken und schwachen Bart, vorzüglich schneidend, ohne die zarteste Haut zu verletzen.

No. 3441 Solide, saubere Ausführung, ganz aus Neusilber mit Klinge aus feinstem Stahl, fein hohl geschliffen und gebrauchsfertig abgezogen.

Preis mit Abziehhülse und Gebrauchsanweisung, in schönen Etui verpackt, komplett per Stück **nur Mk. 1,90 franko**

Grosse Auswahl von Rasiermessern und Rasierapparaten in jeder Preislage, alle Rasierutensilien, wie Nöpfe, Pinsel, Streichriemen, Seife, Abziehhülse etc. Rasiermesser von Mk. 1,40 an in 1. a Qualität. Komplette Rasiergeräten in Holzkästchen schon von 3 Mk. an. Haarschneidemaschinen von 3,50 Mk. an.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantie-Schein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwillig um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei, ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten illustrierten **Pracht-Katalog** ca. 9000 Gegenstände enthaltend und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Rasierutensilien, Haarschneidemaschinen, Haus- und Küchengeräte, Gartengeräte, Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradzubehör und Sportartikel, optische Waren, Luxus- und Geschenkartikel, Uhrketten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Portemonnaies und andere Lederwaren, Bürstenwaren, Haarschmuck, Seifen und Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musikinstrumente, Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in grösster Auswahl.

Gebrüder Rauh - Gräfrath bei Solingen

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges

Versand direkt an Private

Alleinige Fabrikanten der berühmten Marke „Brillant“

Der Welt Ruf unserer Firma birgt dafür, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Tausende Anerkennungs-schreiben loben die Güte und Qualität unserer Waren

Bei **Sammel-Aufträgen** Extravergünstigungen

100 Stück gute 6 Pf.-Zigarren für 3.— Mk.

Sin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konfursmassen, Lombard-Geschäften usw. ankaufe. Ferner liefere ich: 100 St. feine 7 Pf.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 St. feine 8 Pf.-Zigarren für 4 Mk., 100 St. hochf. 10 Pf.-Zigarren für 5 Mk., 100 St. hochf. 12 Pf.-Zigarren für 6 Mk.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundhaft. — 500 Stück feine franko. — Nichtkonvenierendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück.

24. Peter, Verbandhaus, Berlin C., Neue Schönhauserstr. 16. — Gegründet 1886.

Unsern Kollegen Josef Weiß und seiner lieben Frau Maricchen, geb. Heimrich, die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Verbandskollegen der Brauerei C. Ripte, Breslau.

Unsern Kollegen Simon Birt und seiner lieben Frau Fauny zur Vermählung am 6. September nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Leitzbrauerei München.

Unsern Verbandskollegen Hans Kück und seiner lieben Frau Grete, geb. Fohndol, nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. Die Organisierten des Regensburger Bräuhauses, Regensburg.